

Fraktionserklärung der SVP-Fraktion zur regierungsrätlichen Standortbestimmung Kernenergie

Wir befinden uns bekanntlich in einem Wahljahr. So erstaunt es denn wenig, dass Bundesrat und Nationalrat kürzlich ereignisgetrieben und konzeptlos eine Hochrisikostategie in Sachen Energieversorgung beschlossen haben. Doch damit nicht genug. Auch der Aargauer Regierungsrat fühlte sich schon wenige Tage nach der nationalrätlichen Debatte bemüsst, ins gleiche Horn zu stossen, sein Strategiepapier energieAARGAU über den Haufen zu werfen und sich damit zudem in Widerspruch zu den jüngsten Beschlüssen des Grossen Rates in Sachen Kernenergie zu setzen. Noch im März 2011 hatte der Grosse Rat mehrere Vorstösse abgelehnt, welche den Ausstieg aus der Kernenergie zum Ziel hatten – und diese Ablehnung erfolgte mit eindeutigen Mehrheiten. Gerade der Regierung des Energiekantons Aargau müsste doch eigentlich klar sein, dass eine sichere und ausreichende Energieversorgung nicht selbstverständlich und von entscheidender Bedeutung für unseren Wohn- und Wirtschaftsstandort ist. Der Schweiz droht eine massive Versorgungslücke, wenn diese politischen Tagträume nicht schnell wieder neu beurteilt und revidiert werden. Photovoltaik, Wasserkraft, Holzkraftwerke und Windparks sind schön und gut, können den künftigen Energieverbrauch aber in absehbarer Zeit keineswegs abdecken. Was bleibt, ist die Energieproduktion mit fossilen Brennstoffen und der mehr als fragwürdige Energieimport aus ausländischen Kern- und Kohlekraftwerken. Und auch die CO₂-Problematik ist nicht von heute auf morgen verschwunden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine solche Energiepolitik ist doch unglaublich und verantwortungslos gegenüber unserem Volk und den nachfolgenden Generationen. Selbstverständlich müssen wir substanziell Energie einsparen, selbstverständlich müssen wir Entwicklung und Einsatz alternativer Energieformen mit hoher Geschwindigkeit vorantreiben. Aber wir können doch nicht einfach in Vogel-Strauss-Manier den Kopf in den Sand stecken und eine Energiepolitik nach dem Prinzip „Hoffnung“ betreiben; dies im kindlichen Glauben, bis 2035 gäbe es genug marktfähige Alternativtechnologien. Die SVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, seine Schnellschussbeschlüsse vom letzten Mittwoch zu überdenken. Der Kanton Aargau soll eine eigene, eigenständige Position entwickeln und nicht einfach den tagespolitischen Beschlüssen aus Bern hinterher hecheln.

21.06.2011/Gregor Biffiger